

Reformuniversitäten und die Zukunft akademischer Selbststeuerung

Veranstalter: Landesvertretung Baden-Württemberg

Datum, Ort: 12.05.2016–13.05.2016, Berlin

Bericht von: Christopher Möllmann, Exzellenzcluster „Kulturelle Grundlagen von Integration“, Universität Konstanz

Das Jubiläum der 1966 gegründeten Universität Konstanz bot den Anlass, einem aktuellen Thema mit dem Workshop „Reformuniversitäten und die Zukunft akademischer Selbststeuerung“ historische Tiefenschärfe zu geben. In den zurückliegenden Jahren der Exzellenzinitiative wurden zahlreiche Forschungszentren eingerichtet, Graduiertenschulen aus der Taufe gehoben, Institutes for Advanced Studies gegründet. Nicht nur die wissenschaftlichen Programme, auch die institutionellen Konzepte gingen oftmals auf die Ideen von akademischen Akteuren zurück, deren Phantasie vielerorts eigene Akzente setzte. Blaupausen gab es wenige, erst im Zuge des Gründungsgeschehens stellten sich Modelle ein, die im Rahmen einer neuerlichen Exzellenzrunde auf dem Prüfstand stehen.

Dieses Gründungsgeschehen, so eine Ausgangsprämisse des Workshops, war von einer wiederbelebten akademischen Selbststeuerung geprägt. Wiederbelebt insofern, als auch die Praxis der „Gründerjahre“ des bundesdeutschen Hochschulwesens, also die Zeit ab den späten 1950er- bis in die mittleren 1970er-Jahre hinein, als angetrieben vom Selbstbehauptungswillen akademischer Akteure begriffen werden kann, die sich vornahmen, die Expansion des Bildungswesens mit eigenen wissenschaftlichen, institutionellen und gesellschaftlichen Impulsen mitzuprägen. Der Workshop versammelte historische und systematische wie gegenwartser-schließende Referate und barg viel Diskussionsstoff, nicht zuletzt weil die versuchsweisen Zuspitzungen des zugrunde gelegten Veranstaltungskonzepts von den Referierenden produktiv aufgegriffen und mit guten Argumenten relativiert wurden.

Der Vorschlag, die Geschichte der bundesdeutschen Reformuniversitäten in Form von institutionellen Biographien zu schreiben, ei-

nem narrativen Schema gemäß, das sich von einer Konzeptions- über eine Einrichtungsbis hin zu einer Stabilisierungs- oder Normalisierungsphase erstreckt, ließe sich, das wurde rasch klar, nur im Rahmen einer Universitätsgeschichte als umfassender Gesellschaftsgeschichte realisieren. Eine solche Geschichtsschreibung bezieht internationale Entwicklungen mit ein, sie thematisiert den Zuschnitt von Wissensformen, legt Wert auf Infrastrukturen und Architekturen, blendet bildungs- und regionalpolitische Ambitionen nicht aus. Es bedarf also einer umfänglichen Einbettung der Biographien von Reformuniversitäten, eines gut entwickelten Sinns für komplizierte Akteurskonstellationen, für verflochtene, aber auch für widerstreitende Rationalitäten, um ihre historische Eigentümlichkeit und ihr Schicksal zu erfassen.

SYLVIA PALETSCHEK (Freiburg) zeigte in ihrem Eingangsvortrag, dass spätneuzeitliche Hochschulreformen im deutschen Sprachraum beinahe durchweg in Reaktion auf übergreifende Veränderungen erfolgten, es phasenweise zwar sehr elaborierte Reformdiskussionen gab, etwa im Vormärz, dass aber die reale Gestalt von Hochschulen selten Ausdruck von Reformkonzepten war, sondern sich weitgehend inkrementell-adaptiv wandelte und auf Änderungen in der Umwelt einstellte, Impulse von dort aufnahm. Ideell aufgeladene Reformemphases konnten nur selten den Institutionenwandel prägen. Und die Hochschulakteure selbst neigten eher zur Bewahrung des *status quo* als zum energetischen Eintreten für Neues und Phantasievolleres. Institutioneller Gestaltungswille war auf Seiten staatlicher Akteure ungleich häufiger anzutreffen. Es sind, in der *longue durée* betrachtet, vor allem die scheinbar kleinen Ereignisse, die einen großen Wandel einleiten konnten, etwa die Einführung der Allgemeinen Hochschulreife, die das Studium in vielen Lehrfächern berufsbiographisch attraktiv machte und eine für Forschungszwecke hinreichende Studentenzahl an die Universitäten zog.

Was Paletschek im Großen entwarf, nämlich eine hochschulhistorische Relativierung von Plänen, Ideen, Konzepten und eine Betonung der pragmatischen Dimensionen des Reformierens im Vollzug, führte STEFAN

PAULUS (Augsburg) in einer mikropolitischen Studie zur Gründung der Universität Augsburg *en détail* vor. Der dortige Gründungsausschuss strebte eine konsequente Abkehr von der Ordinariuniversität an und sah drittelparitätisch besetzte Entscheidungsgremien vor. Das zuständige Münchener Staatsministerium setzte allerdings ohne Rücksprache mit den Verantwortlichen vor Ort eine Satzung für die neu gegründete Universität auf, die von traditionellen Vorstellungen geprägt war. Was nun folgte, war eine sich über vier Jahre hinziehende, dichte Abfolge von Unterstellungen und Streitigkeiten, von Kompromissversuchen und abermaligen Verstärkungen, von persönlichen Eitelkeiten und Animositäten: Das sich faktisch vollziehende Gründungsgeschehen bot letztlich, so Paulus' Befund, kaum Spielraum für das konstruktive Ausbuchstabieren und programmatische Weiterverfolgen von Reformideen.

Das Anliegen des Workshops, historische Fallstudien auf systematisch-gegenwartsbezogene Analysen treffen zu lassen, erwies sich immer dann als besonders produktiv, wenn sich rote Fäden durch mehrere Referate zogen und wenn die darin thematisierten historischen Einschnitte wieder aufgenommen wurden. So wurde die ministerielle Intervention in Augsburg von den Protagonisten in der Universität als massiver Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit gewertet, die nach ihrer Auffassung auch die institutionalisierte Drittelparität schützen würde. Was hier zunächst als ortstypische Besonderheit erscheinen mochte, Wissenschaftsfreiheit nämlich mit dem konkreten Zuschnitt einer reformierten Gremienuniversität zu verbinden, konnte HANS-HEINRICH TRUTE (Hamburg) als sich durchziehendes, zentrales Motiv ihrer richterlichen Behandlung in der Bundesrepublik ausweisen. Wissenschaftsfreiheit zu schützen hieß hier nämlich vor allem, die professorale Gremienmehrheit zu bewahren, respektive wiederherzustellen sowie die Entscheidungs- und Mitspracherechte entsprechend besetzter Selbstverwaltungsgremien gegen Interventionen von außen und zu starke Präsidien im Innern zu schützen. Trute sah hierin eine richterlich geadelte Verweigerungshaltung gegen komplexere und

mutigere Formen institutionellen Umbaus am Werk. Statt das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit organisationstheoretisch nach und nach auf der Höhe der Zeit auszudeuten und Reformimpulse zu setzen, hätten sich die Urteile beinahe durchweg auf die Bewahrung eingeschliffener institutioneller Rationalitäten konzentriert. Indem er dafür plädierte, kontingenzbewusstere Organisationsvorstellungen an die Universität heranzutragen und ein Konzept wie „Responsivität“ aufzugreifen, trafen sich seine Vorschläge mit den systematisch-typologisierenden Ausführungen des Soziologen DAVID KALDEWEY (Bonn) zur Wissenschaftsfreiheit.

Statt der Entwurfsform des Plans, der auf eine zu gestaltende Zukunft hin angelegten Zeitlichkeit der Reform – im Sinne Kosellecks insgesamt eher ein „Vorgriff“, der Erwartungen ausrichtet, als ein Begriff, der Erfahrungen bündelt – brachten Kaldewey und Trute mit der Responsivität beide ein Verhaltensideal ins Spiel, das in einem vornehmlich reaktiv ausgerichteten Handlungskalkül gründet. Es ist gewiss kein Zufall, dass dieses Ideal seit den frühen 1980er-Jahren – vor allem durch den Bochumer Phänomenologen Bernhard Waldenfels – philosophische Statur gewann und neuerdings in Diskurse der Rechtswissenschaft, Soziologie und Politologie einwandert. Im Schatten der Reform- und Planungseuphorie tauchte in der alten Bundesrepublik ein Denken auf, das sich an der Gegenwart orientierte, an ihren unmittelbaren Herausforderungen, auf die zu reagieren war, und das eine abklingende Gestaltungsemphase in eine komplexere philosophische Begrifflichkeit des Responsiven umlegte.

Es ging auch kontrovers und provokant zu in Berlin, was hier – wie so vieles – nur ausschnitthaft referiert werden kann. In ihrem Vortrag zur Hochschulreform nach 1945 warnte ANNE ROHSTOCK (Tübingen) engagiert davor, bei der überbordenden Kritik an der unternehmerischen, wettbewerbsförmig operierenden Hochschule und ihrer Steuerungsweisen die nostalgische Kehrseite zu ignorieren. Wer gegen Neoliberalisierung argumentiere, laufe Gefahr, eine illiberale, feudal organisierte Ordinariuniversität zu idealisieren. Dass diese gut begründete Warnung nicht davon abhalten sollte,

die paradoxe Struktur des aktuellen gouvernementalen Regimes an Hochschulen und seiner Subjektivierungsweisen schonungslos zu sezieren, demonstrierte ULRICH BRÖCKLING (Freiburg). Die widerstreitenden Ansprüche, die an akademische Mitarbeitende in der Qualifizierungsphase herangetragen werden, verlangten ihnen, so Bröckling, eine heroische Virtuosität im Paradoxiemanagement ab: Sei interdisziplinär! – Entsprech den Ansprüchen Deines Fachs! Sei drittmittelstark, wirb Projekte ein! – Zieh Dich zurück ins stille Kämmerlein, schreib ein Standardwerk! Solchermaßen unzumutbar adressiert, kristallisierten sich unterschiedliche Umgangstaktiken heraus, deren realistischste vermutlich die gleichmütige Akzeptanz des Auferlegten sei, die Ausbildung einer dauerhaft mobilisierten, „multiplen“ akademischen Persönlichkeit, die verzweifelt allem irgendwie gerecht zu werden sich bemüht. Welche Mechanismen im Alltag eines interdisziplinären Verbundes greifen können, um diese Unvereinbarkeiten aufzufangen, führte SIMONE RÖDDER (Hamburg) in ihrer minutiösen teilnehmenden Beobachtung aktueller Klimaforschung vor. An den Grenzen der Disziplinen ist es funktional, in den Modus des auflockernden Scherzens zu verfallen und dennoch eine Entscheidung zu treffen: Interdisziplinarität wird zwar nicht offen dementiert, allerdings zugleich signalisiert, ab einem bestimmten Moment seien einzig die Angehörigen des eigenen Faches noch Adressaten des Vortragsgeschehens.

Anders als durch die Tagungsprogrammatische nahegelegt, die akademischen Akteuren einen robusten Reformwillen attestierte und ihre Initiativkraft herausstellte, betonten die Vorträge mehrheitlich den Beharrungswillen von Universitäten und der sie tragenden Professorenschaft. Wie selbstverständlich sprach auch Rohstock von „politischen Reformen“, die den Gründerjahren des bundesdeutschen Universitätssystems ihre Signatur verliehen und die Hochschullehrerschaft zumeist in eine Defensivrolle statt in eine impulsgebende Gestaltungsposition brachten. Zugleich stellte sie den internationalen, vor allem amerikanischen Kontext vieler Reformideale heraus und diagnostizierte einen „umfassenden Wandel des Wissenschaftsverständnis-

ses“: International vernetzt, an einem naturwissenschaftlichen Methodenideal orientiert, kollaborativ verfasst, in ihrer Weltsicht planungs- und steuerungeuphorisch – so stellte sich Wissenschaft am Ausgang des Zweiten Weltkriegs im Westen dar und prägte den universitären Institutionenwandel in der Bundesrepublik. Der Kognitionspsychologie sprach Rohstock eine zentrale Katalysatorfunktion zu, die vermittelt über bildungspolitisch einflussreiche Akteure wie Hildegard Hamm-Brücher und Hellmut Becker wirksam wurde und auf Grundlage eines neuen Menschenbildes ein „interdisziplinäres Scientifization-Paradigma“ stilbildend für die Reformen werden ließ. Seitens der Politik wurde demnach, so Rohstock, ein neues Wissenschaftsverständnis propagiert und den Reformambitionen zugrunde gelegt, welches mit deutschen Traditionen der Ordinarienuniversität kaum in Einklang zu bringen war und vor allem aus den Geisteswissenschaften Kritik auf den Plan rief.

Die Reformkritik insgesamt fächerte NIKOLAI WEHRS (Konstanz) auf. Einleitend unterstrich er den anfänglichen, umfassenden Grundkonsens über die Reformbedürftigkeit des Hochschulwesens, der erst infolge einer „Verkrampfung“ der Mitbestimmungsdebatte um 1970 und der vielerorts aufkeimenden Konflikte um die „Hochschuldemokratisierung“ aufgekündigt wurde. Zuvor war bereits, etwa von Wilhelm Hennis, Kritik daran geäußert worden, dass Hochschulreformen von der Kultusbürokratie und einem intermediären Organ wie dem Wissenschaftsrat ins Werk gesetzt wurden, statt sie aus der akademischen Selbstverwaltung heraus zu konzipieren und vor Ort einzuleiten. Hennis lieferte auch den prägnantesten Einwand gegen die Forschungslosigkeit von Gründungen, die an den Bedürfnissen von Studenten vorbeizielten. Konstanz kam ihm als „reiner Ausdruck deutscher Professorenideologie“ vor. Die für eine zweite Phase der Reformära stilbildende Gesamthochschule dagegen provozierte eine beinahe entgegengesetzte Polemik, dass ihr Ausbau nämlich ein bewahrenswertes Prestigegefälle einebene und ihre zu rigide Studienordnung sogar den „wissenschaftlichen Charakter zu verderben“ drohe.

Bereits Rohstock hatte darauf hingewiesen,

dass Hochschulen sich im Verlaufe der Reformprozesse in ihrer Formalstruktur angeleglichen haben mögen, dass sich hinter diesen Fassaden allerdings genug Spielraum bot, historisch gewachsene Konventionen unbehellig weiterzupflegen. Auch WILFRIED RUDLOFF (Kassel) legte seinem Referat über die beiden Gründungen der Gesamthochschule Kassel und der Universität Bremen ein neoinstitutionalistisches Vokabular zugrunde, um Homogenisierungsprozesse nachvollziehen zu können. Sein Obertitel „Gegenmodelle“ benannte eine reformhistorische Zäsur: Anders als die von etablierten Professoren geprägten, auf Forschung statt Ausbildung fokussierenden Konzeptionen von Konstanz und Bielefeld bemühten sich die für Kassel und Bremen Verantwortlichen, Antworten auf die im Zuge der Bildungsexpansion offenkundig gewordene „Krise des Studiums“ zu finden. Sie stellten, wie Rudloff formulierte, „die Neugründungsideen von Konstanz und Bielefeld vom Kopf wieder auf die Füße“. Das Modell der Gesamthochschule erreichte zu Beginn der 1970er-Jahre für einen kurzen Moment eine so große Attraktivität, ließ sich mit so vielen verschiedenen Visionen aufladen, dass es beinahe zum „Regeltypus“ der Hochschule aufgestiegen wäre. Das Kassler Studienprogramm zeichnete sich durch ein Praxissemester aus, das die berufsqualifizierende Dimension des Studiums frühzeitig in die Ausbildung integrierte. Zum Bremer „Markenzeichen“ avancierte das „Projektstudium“, das von gesellschaftlich relevanten „Problemen“, nicht von Fächern her gedacht wurde. Doch schliffen sich die Eigenarten der beiden Hochschulen im Zuge von Angleichungszwängen bald ab, etwa wenn Studienleistungen andernorts nicht anerkannt wurden; auch kam es zu „mimetischen“ und „normativen“ Anpassungsweisen, weil die traditionellen Universitäten in ihre Leitbildrolle zurückfanden und die Idee der Gesamthochschule insgesamt an Strahlkraft einbüßte.

Einer besonderen Facette noch aus der Hochzeit dieser Euphorie widmete sich TIMOCIN CELEBI (Duisburg-Essen), indem er die Gestaltung der nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft in den 1970er-Jahren vorstellte. Gesamthochschulen wurden dabei

als politische Steuerungsinstrumente eingesetzt, die Gleichheit befördern, Regionen aufwerten und so zur gesellschaftlichen Modernisierung beitragen sollten. Die fünf Gesamthochschulgründungen dienten Celebi als Vorlage, um Aushandlungskonflikte aufzuspüren, die den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen begleiteten und vielschichtige Akteurskonstellationen zutage treten ließen. Eine angestrebte enge Allianz von Hochschule und Region konnte sehr spezifisches Konfliktpotenzial bergen: So führte die Affinität des Wuppertalers Gründungsrektors zu den eher bürgerlichen Milieus der Stadt innerhalb der Hochschule zu Auseinandersetzungen mit ihren reformfreudigeren, praxisorientierten Mitgliedern, die auf eine konsequente Studienreform setzten. Ein anderer Konflikt spielte sich in Duisburg ab, wo man sich gegen die einheitliche Bauvorgabe für alle Gesamthochschulen verwahrte und architektonischen Eigensinn reklamierte. Dass Hochschulplanungen insgesamt nicht nur Experimentierfelder politischer Programmatik und gesellschaftlicher Modernisierung waren, sondern auch Testläufe für anspruchsvolle bautechnische Innovationen im Bereich moderner Großinfrastrukturen, demonstrierte SONJA HNILICA (Dortmund) anhand zahlreicher Beispiele. In Marburg wanderte die für den Workshop titelgebende Selbststeuerung in die architektonischen Arrangements ein: Wissenschaftliche Dynamik und Flexibilität sollten sich auch in einer auf Selbstwachstum angelegten Bauweise Bahn brechen.

Die Vielfalt der hier nur selektiv vorgeführten Befunde ließ sich am Ende kaum auf einen Punkt bringen. Es wurde angemaht, erfolgreiche Reformprozesse noch genauer in den Blick zu nehmen: Welche Bedingungen lagen ihnen zugrunde, welche allgemeinen Erfolgskriterien lassen sich auf einer solchen Basis bestimmen? Welche Mischungsverhältnisse von politisch-gesellschaftlicher Außen- und hochschulinterner Selbststeuerung erweisen sich in der historischen Rückschau als besonders vielversprechend? Solche und ähnliche Fragen werden zukünftige Überlegungen zum Thema sicherlich zu berücksichtigen haben.

Konferenzübersicht:

Ulrich Rüdiger (Konstanz): Grußwort

Panel I: Reformuniversitäten: Historische Konstellationen und institutionelle ‚Biographien‘ seit den 1960er-Jahren

Christopher Möllmann (Konstanz): Einführung

Sylvia Paetschek (Freiburg): Universitas semper reformanda – Universitätsreformen im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Anne Rohstock (Tübingen): Universitäten zwischen Kaltem Krieg und gesellschaftlicher Liberalisierung? Die Hochschulreformen der Bundesrepublik nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs

Ines Hülsmann (Furtwangen): Konzeptuniversitäten und Hochschulschemata in den 1960er-Jahren. Planungsvorhaben der sogenannten Reformuniversitäten im Vergleich

Timocin Celebi (Duisburg-Essen): Gesellschaftspolitik, Landesplanung und Hochschulreform: Planung und Ziele des nordrheinwestfälischen Gesamthochschulkonzeptes der 1970er-Jahre

Sonja Hnilica (Dortmund): Gebaute Reform. Zur Architektur der Universitätsneugründungen der 1960er- und 1970er-Jahre

Wilfried Rudloff (Kassel): Gegenmodelle – die Hochschulgründungen in Kassel und Bremen und der Umbau des Studiums

Stefan Paulus (Augsburg): Zwischen Tradition und Reform: Der ‚Kampf‘ um die akademische Selbstverwaltung an der Universität Augsburg

Nikolai Wehrs (Konstanz): Die Stunde der Reformen? Kritik an Konzeption und Anspruch der Universitätsgründungen in den 1960er- und 1970er-Jahren

Panel II : Einige Spannungsfelder akademischer Selbststeuerung

Georg Jongmanns (Hannover): Einführung

Hans-Heinrich Trute (Hamburg): Die Wissenschaftsfreiheit zwischen Steuerungsphantasien, Bürokratisierung und Reprise

David Kaldewey (Bonn): Autonomie als Freiheit zur Heteronomie

Petra Gehring (Darmstadt): Das I-Wort: Identitätsformel und Organisationsmerkmal einer autonomen TU

Simone Rödder (Hamburg): Interdisziplinarität als Lebenslüge der Forschungspolitik?

Ulrich Bröckling (Freiburg): Paradoxievirtuosen. Zeitgenössische Anrufungen des akademischen Selbst

Abschlusspanel: Die Zukunft akademischer Selbststeuerung

Moderation: Antje Tepperwien (Volkswagen-Stiftung Hannover)

Cornelis Menke (Bielefeld): Warum Governance? Imboden, Schelsky (u.a.)

Rudolf Schlögl (Konstanz): Die Universität als organisierte Korporation

Georg Weizsäcker (Berlin): Kommentar

Tagungsbericht *Reformuniversitäten und die Zukunft akademischer Selbststeuerung*. 12.05.2016–13.05.2016, Berlin, in: H-Soz-Kult 03.03.2017.